

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

14.1.1906 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. Januar.

№ 13.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Die österreichische Wahlreform

ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Ein Entwurf des künftigen Wahlgesetzes, das dem Reichsrat kurz nach seinem Zusammentritt zugehen soll, ist bereits vorhanden, aber die Regierung selbst hat, bevor sie diesen Entwurf dem Parlament vorlegt, sich bereit erklärt, in bezug auf die Aufteilung der Mandate auf die Länder und Nationalitäten und in bezug auf die Abgrenzung der Wahlbezirke die Wünsche und Vorschläge der Parteien entgegenzunehmen und, bevor sie die letzte Hand an den Entwurf legt, zu berücksichtigen. Zur Stunde sind auch alle österreichischen Parteien damit beschäftigt, ihre Vorschläge über diesen Teil der künftigen Wahlordnung zu formulieren und mit dem ganzen Einfluß, den sie ausüben vermögen, zur Geltung zu bringen. Die entscheidende Wichtigkeit dieses Vorbereitungsstadiums leuchtet von selbst ein, wenn man sich die Schwierigkeiten vor Augen hält, welche sich entgegenstellen würden, wenn etwa das Parlament selbst erst damit beginnen wollte, die Wahlbezirks- und Mandateinteilung, welche der ihm vorgelegte Wahlordnungsentwurf enthält, abzuändern. Die grundsätzlichen Fragen der Wahlreform, über die noch Meinungsverschiedenheit besteht, wie die Fragen der Sekundarität, der Wahlpflicht, der Proportionalwahl und ähnlichen, lassen sich bei der parlamentarischen Beratung, wenn die Majorität anderer Meinung ist als die Regierung, viel leichter lösen, und entsprechende Änderungen lassen sich viel leichter dem Gesetze einfügen, als sich an der Wahlkreiseinteilung, die ein zusammenhängendes, auf Berücksichtigung zahlloser Einzelheiten aufgebautes Ganzes bildet, Änderungen vornehmen lassen. Deshalb ist der gegenwärtige Zeitpunkt, in welchem die Vorlage selbst noch im Entstehen ist, von besonderer Bedeutung. Die Parteien, denen es mit dem allgemeinen Wahlrecht ernst ist und die doch nicht auf die Wahrung ihrer nationalen Interessen verzichten wollen, müssen sie jetzt zur Geltung bringen, so lange der Guß der Vorlage dauert, und der Eifer, mit dem die Parlamentsferien zu Parteiberatungen über den Gegenstand benützt werden, ist durchaus begründet. Mehr als alle anderen haben die deutschen Parteien Ursache, diese noch zu Gebote stehende Zeit zur Geltendmachung der deutschen Interessen zu benützen, denn was über den Entwurf der Regierung bekannt geworden ist, stimmt gar nicht mit dem von Anfang an proklamierten Grundsatze überein, daß das Verhältnis, in welchem die einzelnen Nationalitäten im Reichsrat vertreten sind, durch das allgemeine Wahlrecht nicht oder doch nicht wesentlich geändert werden soll. Daß es der Zweck der Reform sei, das in der ungleichen Behandlung der sozialen Schichten gelegene Unrecht zu beseitigen, nicht aber die Gruppierung der Nationalitäten umzugestalten, daß deshalb von einer mechanischen Aufteilung der Mandate nach der Kopfszahl keine Rede sein könne, daß im Gegenteil bei der Aufteilung der Mandate auf die Länder und Bezirke neben der Kopfszahl auch Steuerleistung, höhere produktive und Kulturarbeit berücksichtigt werden sollen, das wurde von Anfang an selbst von den radikalsten Verfechtern des allgemeinen Wahlrechts zugegeben, sofern nur an die absolute Gleichheit der Individuen in der Wahlberechtigung nicht gerührt wird. Die Deutschen, die in ihrer großen Mehrzahl sich unter diesen Voraussetzungen für die Reform erklärt haben, sind deshalb wohl berechtigt, zu erwarten, daß sie weder durch eine Verminderung der Gesamtzahl ihrer gegenwärtigen Mandate, noch durch eine übermäßige Begünstigung anderer Nationalitäten, welche den verhältnismäßigen Wert ihrer Vertretung im Parlament herabdrückt, benachteiligt werden. In dieser Erwartung droht ihnen, nach allem, was über den Regierungsentwurf bekannt wird, eine arge Enttäuschung. Nicht bloß daß der gegenwärtige Besitz, der für alle deutschen Parteien zusammengenommen insgesamt 205 Mandate beträgt, um eine noch nicht genau bekannte Zahl herabgesetzt werden soll, auch die Proportion der Nationalitäten soll empfindlich dadurch verschoben werden, daß der Regierungsentwurf den Tschechen, den gefäßigsten Gegnern der Deutschen, an Stelle der 69 Mandate, die sie gegenwärtig besitzen, im künftigen Parlament 100 Mandate zuweisen will. Mit dem erwähnten Grundsatze der Wahrung berechtigter nationaler und Kulturinteressen, den auch die Regierung proklamiert hat, ist dieses Mißverhältnis nicht in Einklang zu bringen. Zu der exorbitanten Differenz von hundert tschechischen Mandaten ist die Regierung nur dadurch gelangt, daß sie die durch die Aufhebung der Kurien entfallenden achtzehn Mandate des

konserbativen Großgrundbesitzes ohne weiteres dem tschechischen Besitzstande zurechnete. Wenn die Deutschen dagegen aufs nachdrücklichste Widerspruch erhoben, so stehen sie nur auf dem Standpunkte, den die Regierung früher selbst als den ihrigen proklamiert hat. Den deutschen Parteien wird freilich gesagt, die Deutschen seien im Parlament als nationale Partei gleich allen anderen nationalen Parteien eine Minorität, die nie Aussicht habe, Majorität zu werden, und da komme es auf ein paar Mandate mehr oder weniger nicht an. Da wäre aber zunächst zu fragen, warum diese Theorie gerade den Deutschen gepredigt wird, deren Mandatsbesitz vermindert werden soll, und nicht den Tschechen, deren Mandate vermehrt werden sollen. Wenn es der deutschen Minorität auf ein paar Mandate weniger nicht ankommt, dann kommt es auch der tschechischen Minorität auf ein paar Mandate mehr nicht an, und es ist in der Regel leichter, auf einen Gewinn zu verzichten, als einen Verlust zu ertragen. Aber die Theorie, daß es für eine Minorität gleichgültig sei, ob sie stärker oder schwächer ist, kann wohl in dem Augenblicke, wo es sich um die Wahlreform handelt, die doch nichts anderes ist, als die Frage, welchen Parteien Mandate gegeben und welchen sie genommen werden sollen, nicht ernsthaft genommen werden.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 12. Januar.

Abg. Geyer (Soz.) (fortfahrend) wendet sich besonders gegen die Tabaksteuer. Vor 10 Jahren habe die Regierung eine Fabriksteuer als allein praktisch bezeichnet, jetzt schlage sie eine Gewerbesteuer vor, ohne die Veränderung ihrer Stellungnahme zu motivieren. Es sei kein Wunder, daß die ganze Tabakindustrie jetzt gegen die Tabaksteuer opponiere, denn erst vor drei Jahren sei von seiten der Regierung erklärt worden, an eine höhere Belastung des Tabaks sei nicht zu denken. Die Zigarettensteuer schädige 10 000 Arbeiter auf das schwerste. Die Kontrolle der Tabakindustrie sei nichts anderes als eine polizeiliche Geschäftsmäßigkeitskontrolle und die in dem Tabaksteuergesetz vorgeschlagenen Strafen seien geradezu horrend. Das jetzige Vorgehen der Regierung ist eine finanzielle, wirtschaftliche und sozialpolitische Rücksichtslosigkeit. Diese Reichsfinanzreform schädigt die Steuerkraft des Volkes, anstatt sie zu heben. Wir stimmen gegen die Vorlage schon aus dem Grunde, weil wir Gegner aller indirekten Steuern sind.

Abg. Lichtner (natlib.) wendet sich gegen die Besteuerung des inländischen Rohabakts. Eine dauernde Gesundung unserer Reichsfinanzen ohne Einführung weiterer direkter Steuern sei nicht möglich. Er empfehle dazu die Einführung einer Reichsvermögenssteuer.

Abg. Hoff (freis. Vgl.) spricht sich namens aller ersäßigsten Abgeordneten gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Erbschaften auf Deszendenten und Ehegatten aus, denn die Erbschaftsteuer bilde für die Reichslande eine Hauptsteuereinnahmequelle. Redner wendet sich dann gegen die Präfektur und legt den ablehnenden Standpunkt der reichsständischen Abgeordneten gegenüber der Tabak- und der Zigarettensteuer dar.

Wundstabsbevollmächtigter Geh. Rat Hallek dankt dem Vordrucker für sein Eintreten gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer. Für Elsaß-Lothringen sei die Erbschaftsteuer wichtiger als für andere Bundesstaaten. Die Elsaß-Lothringener würden bei einer Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf Ehegatten und Deszendenten die am meisten Leidtragenden sein. Sie haben auch ernste Bedenken gegen eine Erhöhung der Präfektur, die den Reichslanden jetzt einen Ertrag von 2 400 000 M. einbringe, und wenn der durch die Präfekturerhöhung verlorne Wert durch die Präfektur nicht ersetzt werden würde, würden sie keinen Wert darauf legen, in die Präfektur einbezogen zu werden.

Abg. Feld (natlib.) erklärt, in der Frage der Erbschaftsteuer werde er von dem Abg. Büsing ab; er sei gegen die Ausdehnung auf Deszendenten und Ehegatten, er lehne auch die Tabaksteuer rundweg ab und halte eine Wehrsteuer durchaus für amenable.

Nunmehr wird die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr vertagt. Außerdem stehen noch kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 13. Januar.

Präsident Graf Vallestrom eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus ist schwach besetzt. Fortsetzung der Beratung der Reichsfinanzreform nebst Steuervorlagen.

Staatssekretär v. Stengel: Auf verschiedene Anfragen bemerke ich, daß nach Ansicht der Gesetzesvorlage Quittungen, die auf Schecks geschrieben werden, nicht stempel-frei sind. Die Frage der Uebergangsabgabe für Bier unter Rückvergütung der Präfektur, wo Bier von einem Steuerergebnis ins andere übergeht, eignet sich besser zur Besprechung in der Kommission. In der Vorlage ist die Höhe der Uebergangsabgabe mit 3,25 M. pro Hektoliter nur beispielsweise angeführt, um eine Unter-

(Mit einer Beilage.)

lage für die Ertragsberechnung zu erhalten. Eine eigentliche Feststellung sollte dem Bundesrat für die Ausführungsbestimmungen vorbehalten bleiben. Der Staatssekretär wendet sich dann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Geyer und sagt, ich betone ausdrücklich, daß die Tabaksteuervorlage keineswegs ein Tabakmonopol vorbereiten soll. Die Zeit, wo man auf Einführung eines solchen Monopols rechnen konnte, ist längst vorüber. Jeder aus Interessententfreien unternommene Versuch, Entwürfe des Reichs zum Vorteil eines einzigen Industriezweiges auszunutzen, ist aufs entschiedenste zurückzuweisen.

* Neustadt a. S., 13. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Sartorius hat sein Mandat niedergelegt.

Die württembergische Verfassungsreform.

= Stuttgart, 12. Januar.

Die Abgeordnetenkammer, die gestern ihre Beratungen wieder aufgenommen hat, will sich zunächst mit Beratungsgegenständen verschiedener Natur beschäftigen: mit den Ludwigsburger und Stuttgarter Eingemeindungsfragen, mit der Hoftheatervorlage, mit dem ins Gebiet der Ausführungsgesetzgebung zum Bürgerlichen Gesetzbuch einschlagenden Gesetzentwurf betr. die Bahneinheiten, vielleicht auch mit Eisenbahnpetitionen u. Für Beratungen dieser Art nimmt man etwa anderthalb Wochen in Aussicht, sie können sich aber leicht auch länger hinausziehen, namentlich die juristische Materie der Bahneinheiten birgt die Möglichkeit umfangreicher Debatten in sich. Weiterhin soll dann die Hauptaufgabe der diesmaligen Tagung, die Einzelberatung des Verfassungs- und des Wahlgesetzes, an die Reihe kommen. Zum Verfassungsgezet hat die Regierung in den letzten Tagen noch eine Denkschrift ausgegeben, die sich mit einer Spezialfrage des Budgetrechts, der Behandlung von Kammerguts-Veräußerungen und Anlehensaufnahmen, beschäftigt. Die Verfassungskommission der Abgeordnetenkammer hat in dieser Frage einen Beschluß gefaßt, der für einen der heikelsten Punkte der Verfassungsreform, eben das Budgetrecht, nicht ohne Gefahr ist. Solcher Gefahr vorzubeugen, ist die Absicht und Aufgabe jener Denkschrift.

Was nun die Aussichten der Verfassungsreform betrifft, so ist auch auf der jüngsten Landesversammlung der Volkspartei festgestellt worden, daß die Sache noch auf demselben Fleck steht wie am Ende der letzten Sommer-tagung. Die Zustimmung der Ritterbank steht noch immer aus, und ist sie nicht zu erreichen, so fehlen selbst im günstigsten Falle zwei Stimmen zu der Zweidrittelmehrheit, die erfordert wird, wenn die Vorlage nicht gleich von vornherein scheitern soll. Der Widerstand der Ritter gründet sich im wesentlichen auf die Befürchtung vor einem Anwachsen des Radikalismus und seiner Gefahren. Umso mehr muß man sich wundern, daß man auf der volksparteilichen Landesversammlung wieder kein anderes Mittel gefunden hat, diesen Bedenken zu begegnen, als Drohungen, die das bleiben, auch wenn man sie nur als „Feststellungen“ ausgibt, Drohungen mit „radikalere Tönen“, mit einem Aufflammen des unter der Asche glimmenden Feuers, mit „Kämpfen, die alle früheren politischen Kämpfe in Württemberg an Schärfe über-treffen würden“, u. dgl. Es ist zu befürchten, daß man damit jene Befürchtungen nur bestärkt, denn es muß sich konservativen Gemütern der Gedanke nahe legen, daß der Radikalismus mit solchen Drohungen jederzeit arbeiten kann und daß er auch in Zukunft umso lieber damit arbeiten wird, wenn er einmal damit Erfolg hat. Am unverständlichsten ist, wie ein Mann von der Stellung des Abg. Liesching einen Satz aussprechen mochte wie den, daß (beim Scheitern der Verfassungsrevision) „die konfessionellen Gegensätze gemäß künftighin auch vor den Stufen des Thrones nicht Halt machen würden“. Das ist ein unangemessenes Schielen über das Haupt des regierenden Königs hinweg auf den künftigen Thronfolger. Und was die konfessionellen Gegensätze betrifft, so wären doch gerade der Abg. Liesching und seine Freunde nach der Weltanschauung, zu der sie sich sonst bekennen, verbunden, diesen Gegensätzen das Uebergreifen auf das politische Gebiet nach Kräften zu wehren, statt sich der konfessionellen Erregung zu bedienen zur Durchsetzung ihrer politischen Zwecke. Will man dem Abg. Liesching glauben, so könnte es der Volkspartei als Partei

nur erwünscht sein, wenn die Verfassungsreform scheitert, weil nämlich dadurch der kommende Wahlkampf mehr „Feuer“ bekäme. Aber so einfach liegen die Dinge doch nicht. Da außer dem Zentrum, das in seinen Bezirken zu werten doch kaum Hoffnung ist, alle gewählten Abgeordneten für die Verfassungsreform stimmen werden, so würde im Wahlkampf gerade in dieser Frage der Volkspartei die Angriffsfläche gegen andere Parteien fehlen, während sie selbst von der Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung in der Verfassungsfrage einen scharfen Flankenangriff zu gewärtigen hat. Sollte sich aber die Volkspartei dann eben mit den „radikaleren Tönen“ helfen wollen und sollte sie damit im Wahlkampf Erfolg haben, so würden sie dafür einer ersprießlichen Wirksamkeit im künftigen Landtag um so schwerere Hindernisse bereiten.

Darum sollte die Volkspartei lieber darauf bedacht sein, die Verfassungsreform positiv zu fördern, indem sie mit einer Rückhaltlosigkeit, zu der sie sich bisher nicht entschließen konnte, auf den neu zu schaffenden Verfassungsboden tritt, insbesondere auch bezüglich der künftigen Ersten Kammer, und dadurch, so viel an ihr liegt, die Gewähr gibt, daß wirklich etwas dauerndes, die ruhige Entwicklung des Landes sicherndes und Förderndes mit der jetzigen Reform geschaffen wird.

Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramm.)

* Berlin, 12. Jan. Amtlich wird gemeldet: Hauptmann v. Lettow-Vorbeck griff am 5. Januar früh bei Durdriß, 70 Kilometer östlich von Warmbad, mit 62 Gewehren eine etwa gleich starke Sottentottenbande an. Das Gefecht endete mit dem Abzug des Sottentotten nach Norden. Er ließ 3 Tote auf dem Plage, darunter Morengas Bruder, Matthias. 44 Reittiere wurden den Sottentotten abgenommen. Auf deutscher Seite fiel 1 Unteroffizier. Hauptmann v. Lettow-Vorbeck, früher Elisabeth-Regiment, Leutnant Ring und 1 Mann wurden schwer verwundet; leicht verwundet wurden 6 Mann. — Gegen Cornelius, der sich in die Arnaberge zurückgezogen hatte, ist eine neue Streifabteilung in Marsch gesetzt worden. Die Abteilung des Majors v. Hende drängte bei Gubuoos und Amimis Simon Kopper-Leute zurück und erbeutete einige Gewehre. — Bis 1. Januar haben sich in Gibeon 1400 gestellt, darunter 500 Männer, die 162 Gewehre abgaben. Infolge des Anrufes des Gouverneurs an die Hereros vom 1. Dezember stellten sich bis Ende Dezember in Omaruru, Omburo und Atjehaluena 737 Hereros, darunter 190 Männer mit 23 Gewehren. Schwächere Hererotrupps griffen trotzdem in der Nähe von Windhof Ende Dezember noch Farmen an, wurden jedoch zurückgeschlagen.

Marokko.

(Telegramm.)

* Madrid, 13. Jan. Die vom Könige unterzeichneten Vollmachten sind den Vertretern Spaniens auf der Marokkokonferenz, Herzog von Almodovar und dem spanischen Gesandten in Brüssel, nunmehr zugestellt worden.

* Christiania, 12. Jan. Sicherem Vernehmen nach wird sich Norwegen auf der Marokkokonferenz in Algeras nicht betreten lassen; es beschränkt sich auf den Vorbehalt, dem eventuellen Abkommen beitreten zu können.

Bur Lage in Rußland.

(Telegramm.)

* St. Petersburg, 12. Jan. Die „Peters. Tel.-Ag.“ erklärt, daß Graf Witte die ihm von der „Nawoje Wrenja“ zugeworfenen Anschuldigungen über die Beziehungen zwischen dem Manifest vom 30. Oktober und der Selbstherrlichkeit des Kaisers niemals getan habe.

* St. Petersburg, 13. Jan. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, am 21. Januar solle der Kriegszustand in St. Petersburg verhängt werden.

* St. Petersburg, 13. Jan. Im Hotel de France ist gestern Abend ein Attentat auf den hier weilenden französischen Kriegsminister, M. Jont N. verübt worden. Wie die „Nawoje Wrenja“ meldet, ist der Täter der Dolmetscher des Kriegsministers. Der Minister erhielt 11 Schuß- und Stichwunden. Der Täter wurde verhaftet.

* Warschau, 13. Jan. „Warschowsky Dronnik“ veröffentlicht eine amtliche Mitteilung über die Verhaftung des Warschauer Organisationskomitees der Hauptrevolutionäre. Auch das jüdische Revolutionstribunal, welches Todesurteile fällt, wurde verhaftet.

* Noworossisk, 12. Jan. Am 11. Januar wurde die Stadt von aus Warschau eingetroffene Infanterie umringt und eine große Anzahl Revolutionäre und Privatleute verhaftet.

Die Vorgänge in den Ostprovinzen.

* Riga, 13. Jan. Die Städte Rensjal und Salisburg, wo ein altes Schloß des Barons Vietinghoff eingestürzt worden war, sind von einer Abteilung des Generals Orlov besetzt worden. Die Anzeichen der Beruhigung mehren sich.

Unruhen im Kaukasus.

* St. Petersburg, 13. Jan. Der am 12. Dezember über Batum verhängte Belagerungszustand dauert fort. Die Lokalbatterien unterliegen der Beschießung. Der Bahnverkehr ist eingestellt. In Krasnojarsk sind, nachdem der telegraphische Verkehr vorgestern wieder hergestellt worden ist, eine große Anzahl verhafteter Meldungen angekommen. Danach bemächtigten sich die Meuterer am 21. Dezember der staatlichen und privaten Druckereien; am 22. Dezember fanden größere revolutionäre Kundgebungen statt, bei denen mit Dolch bewaffnete Schüler an der Spitze des Fußes marschierten. Ihnen folgte ein Bataillon Aufständischer mit Gewehren. Am 23. bildeten die Meuterer eine Bürgergarde. Am 28. drangen bewaffnete Banden in das Polizeibureau, entwarfen die

Polizisten und bemächtigte sich der vorhandenen Waffen. Am 7. Januar trafen aus der Mandschurei Truppen ein, welche die Ruhe wieder herstellten.

* Tiflis, 13. Jan. Die revolutionäre Partei hat infolge des Nihilismus der Revolution im Zentrum Rußlands die Beendigung des Aufstandes angeordnet. Die Stadt ist wieder belebt. Nachts durchziehen Infanterieparouillen die Straßen. Der Schulunterricht beginnt am 22. Januar, andernfalls werden die Lehrer entlassen und die Schulen geschlossen. Der regelmäßige Bahnverkehr mit Kars und Baku ist wieder aufgenommen. Teile des Batumschen Bahnschnitts befinden sich in den Händen der Aufständischen. — Privatmeldungen aus armenischer Quelle versichern, daß am 6. und 7. Januar als Kosaken verkleidete Tartaren zwei armenische Ortschaften niederbrannten und die Bevölkerung niedermachten. Wie von tartarischer Seite gemeldet wird, zerstörten und plünderten Armenier fünf im Streife Samgefer belegene Ortschaften.

* Tiflis, 13. Jan. Seit gestern ist der regelmäßige Verkehr der Postzüge zwischen Tiflis und Baku, Erivan und Kars wieder hergestellt.

Finanzielle Rundschau

— o — Frankfurt a. M., 12. Januar.

Die Erörterung der Marokkoaffäre hat an den deutschen Börsen zu fühlbarer Zurückhaltung beigetragen, während sie an den Auslandsbörsen weit weniger Beachtung fand. Insbesondere stürmt New-York mit Eisenbahn-Shares und Industriepapieren voran. Auch London verfolgt zuverlässigere Tendenz hinsichtlich der lang vernachlässigten südafrikanischen Minen-Shares. Aber alle diese Anregungen können die deutschen Börsen nicht mit sich fortziehen. Man hält es für möglich, angesichts der wochenlang dauernden Konferenz von Algeras zunächst eine abwartende Stellung zu beobachten. Dazu haben die Mitteilungen über ein Unwohlsein Seiner Majestät des Kaisers Verstimmung erzeugt. Die Kurse gingen auf allen Gebieten etwas zurück, zumal die Geldverleihen nicht so rasche Fortschritte machte, als man erwartet hatte. Die Reichsbank ist noch so stark in der Kontinenz, daß die Verabsiegung des Diskonts zum nächstvertag werden mußte. Auch in England ist die Frage einer Diskontsenkung in Erwägung gezogen worden, nachdem die Bank stark um Gold angegangen wird. Man darf jedoch annehmen, daß die Erscheinungen einer noch fortbestehenden Geldverknappung bald verschwinden werden, und daß die Zentralnotenbanken bald leichteren Status aufweisen werden. Hier ist schon der Privatdiskont stark Bruchteile zurückgegangen.

Am meisten wurden Montan- und Industriepapiere zurückgedrängt, weil der preussische Finanzminister in seiner Ertreue von einer Liebertreibung in der Bewertung der Industriepapiere gesprochen hat. In der Tat muß man mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die industrielle Konjunktur vielleicht vorübergehend abflauen wird, so daß am 1. März der neue Handelsvertrag in Kraft tritt. Vorläufig freilich sieht es im Wirtschaftsleben noch sehr günstig aus, und unsere Hauptindustrien, die Eisen- und Kohlenindustrie sind so stark beschäftigt, daß sie kaum der Nachfrage voll genügen können. Insbesondere verdient erwähnt zu werden, daß das Kohlenhandelskapital die Neudereien betanlagt, Kohlen aus England zu beziehen, um sich vorübergehend der Lieferungsverpflichtungen zu entziehen.

Hütten- und Kohlenpapiere sind durchweg 2 bis 3 Prozent gefallen, vereinzelt auch mehr.

Ebenso sind Elektrizitätssaktien, Chemische Maschinenfabriken, Zementwerke in den meisten Gattungen niedriger. Die Milchbäuerbewegung ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig berichtet wird, daß die Elektrizitätsindustrie außerordentlich beschäftigt sei, und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft eine Erhöhung der Preise um 10 Prozent vorgenommen habe, um gegen die Verteuerung der Rohstoffe einen Ausgleich zu bieten. Von Maschinenfabriken sind Mährentesell Dürk höher. Einen starken Rückgang haben dagegen Dürkopp zu verzeichnen, da die Dividende in vorjähriger Höhe hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Banken schwächten sich durchweg etwa 1 Prozent ab, ohne daß besondere Details hervorzuheben wären. Fest lagen die von Wien abhängigen Werte, namentlich die österreichischen Banken, da die österreichische Regierung eine Verstaatlichungsaktion größeren Stils vorbereitet. Man ist aber allgemein im Zweifel, ob sie über vorbereitende Studien hinausgehen wird.

Italienische Bahnen wurden zurückgedrängt. Ebenso gaben Prince Henri nach, während Anatolier stark gekauft und etwa 3 Prozent höher bezahlt wurden.

Die heimischen Bahnen schwächten sich etwas ab. Schiffsaktien waren anfangs ebenfalls niedriger, bewegten sich dann aber energisch empor, als der Abschluß der Hamburger Raftfahrtgesellschaft bekannt wurde, der eine Dividende von 11 Prozent gestattet.

Deutsche Staatsfonds wurden anfänglich gedrückt, erholten sich aber dann, als die Einbringung des Gekaufens bekannt wurde, wonach die Sparaktien zukünftig gehalten sein sollen, ihre Fonds in erhöhtem Maße in mündelbaren Papieren anzulegen.

Die auswärtigen Renten schwächten sich gleichfalls ab, wenn auch die Rückgänge nur bescheidene Bruchteile betragen. Russen schwanken mehrfach hin und her. Zeitweise war die Stimmung dafür eine bessere, nachdem in Paris 100 Millionen Rubel Sachseine untergebracht worden sind. Dann aber kritisierte man die ungunstigen Bedingungen dieser Transaktion, bei der hauptsächlich bemängelt wird, daß die Sachseine schon nach Verlauf von drei Monaten jederzeit wieder bei der russischen Staatsbank rückdiskontiert werden können.

Der Abschluß eines peruanischen Geschäfts mit der Gruppe der Deutschen Bank hat vielfach Käufer in peruanischen Werten hervorgerufen.

Cedulas schwächten sich etwas ab. Privatdiskont: 4 Prozent. Nachstehend unsere Tabelle:

	5. Jan.	12. Jan.
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	100.90	100.70
3 % Deutsche Reichsanleihe	88.05	88.95
3 1/2 % Preussische Konsols	101.15	101. —
3 % Preussische Konsols	89.25	88.85
3 1/2 % Badische Obligationen abgestempelt	99.95	99.95
3 % Badische Obligationen	—	—
3 1/2 % Bayern	100.10	99.95
3 % Bayern	88.95	88.60
3 % Wätern	106.10	—
4 % Italiener	96.80	96.75
4 % Ungarische Goldrente	95.80	96.35
4 % Ungarische Kronrente	100.10	99.70
3 % Silber-Mexikaner	67. —	67.10
3 % Silber-Mexikaner	103.80	103.30
5 % Gold-Mexikaner	211.90	213.40
Deutscher Reichsbank Diskont	189.25	188.75

	5. Jan.	12. Jan.
Deutscher Staatsbahn-Aktien	142. —	143.20
Deutscher Lombardische Aktien	24.20	24.10
Carrahtüte-Aktien	248. —	245.30
Hochmüher Bergbauaktien	247. —	244.50
Böhmischer Bergbauaktien	227. —	224.90
Öpener Bergbauaktien	218.25	215.70
Badische Anilin	446. —	442.50
Türkenloje	143. —	144.80

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 13. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm in den letzten Tagen die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo, des Präsidenten Dr. Nicolai und des Legationsrats Dr. Seyb entgegen.

An der heutigen Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften nahmen Ihre Königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin teil.

** Im Monat Dezember 1905 gelangten beim Genossenschaftsvorstande der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 441 Anträge zur Anzeige, wovon 333 auf die Landwirtschaft und die mitvererbten Nebenbetriebe und 58 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 226 Fälle; hierunter sind 11 Fälle mit tödlichem Ausgang. In Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 24 560 M. angesetzt, und zwar an 215 Verletzte 23 155 M., an 8 Witwen 830 M. und an 7 Kinder 575 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 550 M. Sterbegelder bezahlt. Im gesamten waren zu Anfang des Monats Dezember 1905: 17 627 Personen im Rentengenuß; davon fielen im Laufe des Monats Dezember durch Einstellung der Renten 259 und durch Tod 43 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. Januar 1906: 17 555 Personen Renten im gesamten Jahresbetrag von rund 1 541 430 Mark. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Dezember Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 41; in 371 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezüge vorgenommen werden.

§ Ueber den Weihnachtserkehr 1905 und den Neujahrserkehr 1906/06 bei den hiesigen Postanstalten (einschließlich des Stadteils Mühlburg) wird uns berichtet: Es sind: a. in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember 34 095 Pakete aufgegeben worden, b. in der Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Dezember 33 108 Pakete zur Bestellung und Abholung eingegangen. Demnach sind hier im ganzen 67 203 oder durchschnittlich täglich 8515 Pakete bearbeitet worden (ohne die im Durchgangsverkehr auf den Bahnhöfen umgelassenen Pakete). In der Zeit vom 27. Dezember, mittags, bis 31. Dezember, abends, sind an den Schaltern im ganzen 865 680 Freimarken, Postkarten und Kartenbriefe, darunter 175 204 Marken zu 2 Pf., 330 894 zu 3 Pf., 191 460 zu 5 Pf., 88 971 zu 10 Pf., 19 648 Postkarten zu 2 Pf., 30 691 Postkarten zu 5 Pf. und 509 Kartenbriefe, verkauft worden. Von diesen Mengen entfallen auf die Zeit vom 30. Dezember, mittags, bis 31. Dezember, abends, an Freimarken, Postkarten und Kartenbriefen im ganzen 203 723 Stück.

* (Die Tätigkeit des Stadtrats 1905.) Der Stadtrat hielt im Jahre 1905 52 Sitzungen ab, in welchen 4255 Gegenstände der Beschlußfassung unterlagen. Neben dem vollzog er 460 amtliche Schätzungen von Grundstücken, 27 811 Dekreturen und prüfte er 3857 Fahrnisversicherungsverträge. Der Bürgerausschuß verbeschied in 9 Sitzungen 46 Gegenstände. Weiter hielten Sitzungen ab: Die Kaufkommission 50, der Armenrat 25 mit 89 Protokollnummern, die Schulkommission 6 mit 91 Gegenständen, die Straßenbahnkommission 6 mit 32 Gegenständen, die Schlacht- u. Viehstufkommission eine mit einem Gegenstand, die Gas- und Wasserwerkskommission 2 mit 16 Gegenständen, der Verwaltungsrat der Spar- und Pfandleihkasse 6 mit 173 Gegenständen, die Krankenhauskommission 3 mit 51 Gegenständen, die Arbeiterversicherungskommission 2 mit 4 Gegenständen, die Archivkommission 2 mit 14 Gegenständen, die Vermögenszeugnis-Kommission 25 mit 1892 Gegenständen, die Friedhofkommission 4 mit 29 Gegenständen, der Verwaltungsrat der Höheren Mädchenschule 4 mit 9 Gegenständen, der Beirat des Real- und Reformgymnasiums 2 mit 10 Gegenständen, der Beirat der Realchulanstalten 2 mit 13 Gegenständen, der Gewerbebeirat 5 mit 44 Gegenständen.

* (Ausstellungen.) Im Einverständnis mit Groß. Ministerium des Innern wird mit der aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Großherzogspaares und des 80. Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs geplanten großen landwirtschaftlichen und Gartenbauausstellung auch eine Wienerausstellung des Badischen Landes-Vienenervereins verbunden und für diesen Zweck das südlich des Lauterbergs gelegene Gelände (die Auader) in Aussicht genommen. Ferner wird der landwirtschaftlichen Ausstellung mit Zustimmung der Groß. Regierung und auf Anregung des Mittelbadischen Landwirtschulvereins auch eine Kaninchenausstellung angelgliedert werden. — In dankenswerter Weise hat die Groß. Regierung die Stiftung der Preise für die landwirtschaftliche und für die Wienerausstellung zugesagt. Die in der Gartenbauausstellung zu vergebenden Preise stiftet der Verein Badischer Handlungsgärtner. Die Ausstellungsbedingungen sind nunmehr festgesetzt und werden demnächst bekannt gegeben werden. Im allgemeinen ist die Ausstellung auf badische Aussteller beschränkt; an der Ausstellung von Maschinen und Geräten, sowie an der Gartenbauausstellung können sich jedoch Aussteller aus dem ganzen Deutschen Reich beteiligen. Die Groß. Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen wurde vom Stadtrat ersucht, für die nicht verlaufenen Gegenstände frachtfreie Rückbeförderung zu gewähren und darauf hinzuwirken, daß auch die übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen veranlaßt werden, die gleiche Vergünstigung zu bewilligen. Weiter wurde die Groß. Eisenbahnverwaltung ersucht, zu genehmigen, daß beim Besuche der Ausstellung die einfache, nach Karlsruhe gelöste Fahrkarte bis nach Schluß der Ausstellung auch zur freien Rückfahrt berechtigt, sofern die Fahrkarte in der Ausstellung abgestempelt wird. In dem Ersuchen wird zudem der Wunsch ausgesprochen, es möge die Groß. Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen mit den übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen auch dahin ins Benehmen treten, daß die gleiche Vergünstigung auch auf die außerhalb des Reichs wohnenden Aussteller ausgedehnt wird. Mit der Ausstellung soll eine Lotterie verbunden werden. Das von Professor Franz Sales Meyer aufgestellte Programm samt Kostenanschlag für die im September d. J. zu veranstaltende städtische Archiva-Lienausstellung (im Groß. Orangeriegebäude) wird gutgeheißen.

(Schutz gegen Feuergefahr.) In den Voranschlagsentwurf für das laufende Jahr wird neben dem regelmäßigen Aufwand für die Einrichtungen zum Schutz gegen Feuergefahr ein außerordentlicher Betrag von 2600 M. zur Verbesserung und Ergänzung dieser Einrichtungen aufgenommen.

(Stadtgartenbesuch durch Schüler.) Von der den hiesigen Lehranstalten eingeräumten Vergünstigung, den Stadtgarten zu Unterrichtszwecken unentgeltlich zu besuchen, wurde im Jahre 1905 Gebrauch gemacht: Für 4275 Schüler und Schülerinnen der städtischen Volksschulen, für 233 Schüler des Real- und Reformgymnasiums, für 201 Schüler der Oberrealschule, für 84 Schüler der Realschule, für 80 Schüler der Lehrerschule des Lehrerseminars II.

(Nach dem städtischen Arbeiteriatut) soll der Lohn der städtischen Arbeiter, abgesehen von dem Wert der Jahresbeholdungen, der Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, der Berechtigung zu Urlaub usw. dem ortsüblichen Wert der den Arbeitern obliegenden Arbeit mindestens entsprechen. Aus Erhebungen, die auf Anordnung des Stadtrats von den Vorständen der städtischen Betriebe und dem Arbeitsamt angefertigt worden sind, geht jedoch hervor, daß die derzeitigen Löhne der erwähnten Anforderung nicht vollständig genügen. Der Stadtrat beschließt daher, eine Lohnerhöhung einzuwirken zu lassen und die erhöhten Löhne mit Wirkung vom 1. d. M. alsbald zur Auszahlung zu bringen. Mit dem Vollzug werden das Arbeitsamt und die Vorstände der städtischen Betriebe beauftragt. Der durch den Beschluß bedingte Mehrertrag von insgesamt 37 000 M. ist in dem Entwurf des Voranschlags für 1906 vorgesehen.

(Aus dem Polizeibericht.) Verfloffene Nacht zwischen 10 und 11 Uhr verunglückte auf der Landstraße zwischen Anielingen und dem Stadtteil Mühlburg der Fuhrmann einer hiesigen Weinhandlung beim Absteigen vom Fuhrwerk dadurch, daß er dabei zu Fall kam und ihm der mit Wein beladene, über 100 Pfund schwere Wagen über sein linkes Bein ging. Der Verletzte, welcher einen Beinbruch davon trug, blieb auf der Straße liegen, während die Pferde weiter liefen, bis sie in der Kaiserallee bei der Vorstraße von einer Schutzmannspatrouille aufgehalten wurden. Ein Pächter, welcher die Gasse des Verunglückten hörte, hat diesen um 11 Uhr aufgefunden und die Polizeiwache in Mühlburg verständigt. Der Verunglückte wurde dann mittels Droschke durch einen Schutzmann der Station Mühlburg nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

(Mühlheim, 12. Jan. Herr Professor Adolf Blauenhorn von hier ist, wie gemeldet, an den Folgen eines Schlaganfalls dieser Tage in Konstanz gestorben. Bereits seit einiger Zeit wegen eines Nervenleidens dienstlich nicht mehr tätig, hielt er sich in Konstanz auf. Während seiner Wirksamkeit lehrte er an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und machte sich durch seine Forschungen auf dem Gebiete des Weinbaues weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt. Mit besonderer Sorgfalt suchte er im ökonomischen Institute in Karlsruhe die Entwicklung der Rebstammbäume zu erforschen und die Mittel zur Bekämpfung derselben zu finden. Auch als langjähriger Präsident des Deutschen Weinbauvereins war sein Wirken ein sehr erfruchtendes und verdienstvolles. — Zurzeit werden in dem benachbarten Kurort Badenweiler Aufnahmen und Feststellungen zur Einrichtung der elektrischen Beleuchtung gemacht. Der erforderliche Strom liefert das Elektrizitätswerk in Mühlhausen i. G., von wo die Leitung bereits bis Mühlheim gelegt ist. Der Anschluß von Badenweiler soll zum nächsten Sommer beendigt sein. Die Einführung des elektrischen Lichtes beschränkt sich lediglich auf die Beleuchtung der Häuser im Innern, während zur Straßenbeleuchtung nach wie vor Gas unter Verwendung von Auerbrennern beibehalten wird.

(o. c. Walsbuh, 12. Jan. Das Befinden des Herrn Abgeordneten Landgerichtsdirektors Lauda hat sich so verschlimmert, daß er, wie der „Bad. Beob.“ meldet, in vergangener Nacht die hl. Sterbsakramente empfangen hat.

(Kleine Nachrichten aus Baden. Der untere Neckar ist gefrieren über die Ufer getreten. — Ein Teil der Rhein-Gumm- und Zellulosefabrik Mannheim-Neckarau wird nach Schwetzingen verlegt. — Der Stillbau Schwarzwald veranfaßt morgen beim Kurhaus Mühlheim einen Schneeschuhwettbewerb. — Die Gemeinde Riegelhausen hat Anschließungsverhandlungen mit der Stadt Heidelberg in die Wege geleitet. — Das Hotel „Raffaener Hof“ in Heidelberg ist um 150 000 M. an einen Herrn W. Springer aus Koblenz verkauft worden. — In Teutschenthal begannen die Eheleute Baumann, Abgemeinderat, das Fest der goldenen Hochzeit. Seine königliche Hoheit der Großherzog ließ dem Jubelpaare eine Erinnerungsmedaille nebst Bildnis des Landesherren überreichen. — In Friesenheim (Amt Lahr) brannten die Detonationsgebäude des Schreinermeisters Kurtag und des Landwirts Günter nieder. — Aus Donaueschingen wird berichtet: Infolge starker Regengüsse sind die Brigada, die Berg und die Donauebene bedeutend gestiegen. Letztere ist an einzelnen Stellen über die Ufer getreten. — Die Gondel der fünf Verunglückten wurde auf der Reutau gefunden. Man nimmt an, daß die Unglücklichen ganz in die Nähe von Zanang gekommen sind. Bisher hat man, laut „Konst. Ztg.“, noch keine Leiche finden können.

Zur Lage des Arbeitsmarktes im Großherzogtum Baden im Dezember 1905.

St. L.-A. Die Vermittlungstätigkeit der dem Verbands der badischen Arbeitsnachweise angehörenden Anstalten ist im Dezember vorigen Jahres, wie gewöhnlich zu dieser Zeit, noch weiter zurückgegangen. In der männlichen Abteilung sind die offenen Stellen um 2423, die Arbeitsuchenden um 1882 und die besetzten Stellen um 1624, in der weiblichen um 260, 550 bzw. 395 hinter den bezüglichen Ziffern des Monats November 1905 zurückgeblieben. Dagegen zeigt der Vergleich mit dem Monat Dezember 1904, hauptsächlich bei der männlichen Abteilung, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich gebessert haben. Es haben nämlich die verlangten männlichen Arbeitskräfte um 727 und die eingestellten Personen um 633 gegen den Dezember 1904 zugenommen, während beinahe 4000 Arbeitsuchende weniger bei den Anstalten vorgeschrieben haben.

Infolge der fast den ganzen Monat andauernden, verhältnismäßig günstigen Witterung konnten bei Neubauten und Erdarbeiten fast allenthalben noch ungelernete Arbeitskräfte beschäftigt werden; andere konnten über die Weihnachtszeit gelegentlich Arbeit finden. Für die gelerntten Arbeiter, namentlich bei denen der Baugewerbe, ist dagegen im allgemeinen eine gewisse, wenn auch bisher nirgends erhebliche Beschäftigung eingetreten. Landwirtschaftliche Knechte auf Jahreslohn waren in verschiedenen Landesgegenden gesucht und nur selten zu bekommen.

Die Lohnbewegung der Buchbinder in Freiburg soll bereits im November beendet worden sein.

In Konstanz konnte die Nachfrage nach Blechnern, Bauhölzern, Schneidern, Schneidern, Schreibern und Schuhmachern nicht ganz befriedigt werden.

Die Forstheime Schmalbärenindustrie war im Berichtsmonat durchschnittlich noch sehr gut beschäftigt; vielfach wurde

noch mit Leberstunden gearbeitet, und nur einzelne kleinere Betriebe hatten von Mitte des Monats ab weniger zu tun. Die Wäbelschreiner hatten auf Weihnachten ziemlich viel Arbeit.

In der weiblichen Abteilung war der Stellenwechsel, wie immer im Dezember, gering. Die offenen Stellen konnten verhältnismäßig gut besetzt werden. Verschiedentlich wird über Mangel an häuslichen, insbesondere an landwirtschaftlichen Dienstmägden auf Jahreslohn, sowie an Wirtschaftspersonal geklagt.

Im ganzen wurden bei den 13 badischen Verbandsanstalten im Dezember 1905 gemeldet:

	Männl.	Weibl.	Zus.
Verlangte Arbeitskräfte (offene Stellen)	3 626	1 291	5 017
Arbeitsuchende (einschl. Passanten)	10 944	1 388	12 332
Darunter eingetragene	5 782	1 106	6 888
Eingestellte Personen (vermittelte Stellen)	2 986	845	3 831

Es kamen sonach auf je 100 offene Stellen für männliche und weibliche Personen 159,5 bzw. 79,5 eingetragene Arbeitsuchende, von je 100 eingetragenen männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden wurden 51,6 bzw. 76,4 eingestellt und von je 100 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen wurden 82,3 bzw. 60,8 durch die Verbandsanstalten besetzt.

Ferner wurden durch die Arbeitsnachweiseinrichtungen von 5 Wäbelschreiner (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim), 4 Metzgerinnen (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim), 3 Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnen (Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim) im ganzen für männliches Personal gemeldet: 202 offene Stellen, 353 Arbeitsuchende und 146 besetzte Stellen.

Die Stellungsvermittlungseinrichtungen für weibliche Personen von 17 gemischlichen und konfessionellen Wohltätigkeitsanstalten (2 in Baden, 1 in Bruchsal, 2 in Freiburg, 2 in Heidelberg, 5 in Karlsruhe, 1 in Konstanz, 3 in Mannheim und 1 in Pforzheim) verzeichneten im Dezember 1905 insgesamt 1054 Stellen, 660 Arbeitsuchende und 380 Stellenbesetzungen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Berlin, 13. Jan. Der japanische Vertreter am hiesigen Hofe, Ynouye, besuchte den Reichskanzler, um seine Ernennung zum Vizekonsul anzuzeigen.

(Detmold, 13. Jan. Wie die „Pippische Ztg.“ meldet, werden sich der Fürst und die Fürstin infolge Einladung des Kaisers am 27. Januar nach Berlin begeben.

(Presden, 12. Jan. Die dritte Strafkammer verurteilte heute den Metallarbeiter Max Richard Hesse und den Zeilenhauer Albert Eder wegen Beteiligung an den Straßendemonstrationen in der Nacht vom 17. Dezember v. J. zu 8 Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft bzw. 7 Monaten Gefängnis.

(Görlitz, 13. Jan. Die Polizei beschlagnahmte 25 000 Flugblätter gegen den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts.

(Darmstadt, 12. Jan. Zum Landtagsabgeordneten der Stadt Darmstadt an Stelle des zum Oberstaatsanwalt ernannten bisherigen Abgeordneten Dr. Ruff wurde bei der heutigen Eröffnung der zweiten Bürgermeisterversammlung Dr. Gläufig gewählt.

(Paris, 12. Jan. Senat. Fallières übernahm das Präsidium und hielt eine Ansprache, in welcher er die Aufgabe des Senats und den Wunsch des Senats, das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, betonte. Nächste Sitzung: Donnerstag.

(Brüssel, 12. Jan. Die Kammer beriet die Antwerpener Hafenvorlage in erster Lesung und nahm einstimmig den ersten Teil des ersten Artikels betreffend die Verbesserung des Schiffsverkehrs und die Ausfüllung der Hafenanlagen an, lehnte jedoch mit Stimmenmehrheit den Teil betreffend Abänderung des Maas-Schiffverkehrs und des Schiffsverkehrs, den Ersatz der dafelbst befindlichen Umwallung der dortigen Befestigung ab und beschloß mit 91 gegen 65 Stimmen die Prüfung des militärischen und maritimen Teils der Vorlage.

(Wipisch, Grafschaft Saffold, 13. Jan. Hier wurden zwei Liberale gewählt. Die Liberalen gewinnen damit einen Sitz.

(Madrid, 12. Jan. Die Eheschließung zwischen der Infantin Maria Theresia und dem Infanten Ferdinand wurde heute in der Schloßkapelle unter Entfaltung eines prunvollen Zeremoniells vollzogen.

(New-York, 13. Jan. Nach einer Meldung aus Washington soll eine Verständigung darüber erzielt worden sein, daß vor dem 1. März d. J. im Kongress ein Gesetz zur Annahme kommt, nach welchem der Dinglehartariff als Minimaltariff und ein um 25 Proz. höherer als der Maximaltariff angewendet wird und zwar der letztere gegenüber denjenigen Staaten, die die amerikanischen Waren differenziell behandeln.

(Shanghai, 12. Jan. Der Tsungli-Jamen hat in befriedigender Weise der Forderung Frankreichs, einer Entschädigung für die Ermordung von zwei Missionaren und für die Zerstörung einer Mission zu Wang tang stattgegeben.

Verschiedenes.

(Augsburg, 13. Jan. Im Vorort Oberhausen wurde die Holzhandlerrin Maria erlöchen aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Der Täter ist entkommen.

(München, 12. Jan. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist in Seistan die Pest ausgebrochen.

(New-York, 13. Jan. Die Blätter beschäftigen sich mit einem überaus anstrengenden Marsche, den die 6. Feldbatterie geleitet hat. Sie hat den 1100 engl. Meilen langen Weg von Fort Kinley in Kansas nach dem Fort Sam Houston bei schlechtem Wetter in 85 Stunden zurückgelegt. Ein Mann ist den Strapazen erlegen.

(Münzennammlauf in Deutschland.) Zu Beginn des Jahres 1906 waren im Deutschen Reich an Goldmünzen für 4164,8 Millionen Mark und an Silbermünzen für 777,6 Millionen Mark im Umlauf. Es ist natürlich, daß an dem Goldmünzenbestande die Doppelkronen mit 3493,2 Millionen Mark den größten Anteil haben, während es auffallen muß, daß von der Wiedereingiehung ausgegebener Münzen die Kronen nahezu doppelt so stark wie die 20 Markstücke betroffen worden sind. Von den überhaupt ausgeprägten 4204,8 Millionen Goldmünzen sind nicht weniger als 2917,2 Millionen auf Privatprägung gemünzt worden. Unter den Silbermünzen stehen die Einmarkstücke mit 244,1 Millionen Mark Umlaufbetrag an erster Stelle, ihnen folgen mit 243,9 Millionen Mark Zweimarkstücke, mit 202,8 Millionen Mark Fünfmarkstücke und mit 86,7 Millionen Mark die Fünfzigpfennigstücke. Während die Beträge der wiedereingezogenen Stücke bei den übrigen Silbermünzenforten Ende 1905 ganz gering waren, belief sich diese Summe bei den Fünfzigpfennig-

stücken auf über 19 Millionen Mark. Man wird dies wohl damit in Zusammenhang zu bringen haben, daß beträchtliche Umprägungen dieser Münzsorte stattfinden.

Aufruf.

Die beklagenswerten Ereignisse in Rußland haben auch unzählige Deutsche, die in diesem Reiche wohnen, in bitterste Not versetzt. Viele von ihnen sind ohne jedes eigene Verschulden plötzlich brotlos geworden und stehen inmitten erregter, feindlich gesinnter Volksmassen hilflos da. Sie alle hoffen auf uns, auf ihre deutschen Stammesgenossen, sie hoffen, daß wir sie nicht im Stich lassen und offene Herzen und offene Hände für sie haben werden.

Um ihre Not zu lindern hat sich in Berlin ein Zentralausschuß und auf Veranlassung dieses hier der unterzeichnete Ortsausschuß gebildet.

Wir wenden uns mit der Bitte um Unterstützung an alle Kreise der hiesigen Einwohnerschaft. Wer immer im Frieden des deutschen Reiches seines geschützten Heimats froh ist, der gedente unserer unglücklichen Brüder in Rußland, die in einer furchtbaren Gegenwart einer unsicheren Zukunft entgegengehen!

Geldgaben werden von den Unterzeichneten, sowie auf dem Hauptsekretariate des Stadtrates entgegengenommen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1906.

Der Ortsausschuß für die notleidenden Deutschen Rußlands.

Anselment, Ludwig, Hofblechschmied und Stadterordneter, Vorstand des Gewerbevereins; Dr. Appel, Meier, Stadtrabbiner; Dr. von Babo, Hugo, Freiherr, Kammerherr, Geheimer Rat und Vorstand des Großh. Geheimen Kabinetts; Vefer, Julius, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Landeszeitung“); Dr. Binz, Gustav, Rechtsanwalt und Stadtrat, Landtagsabgeordneter; Bodenstein, Emil, Stadtpfarrer; Dr. Bürtlin, Albert, Wirklicher Geheimer Rat; Dr. Daudert, Viktor, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Post“); Dürr, August, Kommerzienrat und Stadtrat; Dr. von Dusch, Alexander, Freiherr, Staatsminister, Präsident des Großh. Staatsministeriums, Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Ehret, Ludwig, Redakteur (Redaktion des „Badischen Landesboten“); Frisch, Richard, Generalleutnant a. D., Präsident des Badischen Militärvereinsverbandes, Verbandes, Fröhlich, Paul, Rechtsanwalt und Stadterordneter, Landtagsabgeordneter; Geisler, Gustav, Geheimer Oberpostamt, Kaiserlicher Oberpostdirektor; Dr. Goldschmidt, Robert, Professor, Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadterordneten; Dr. Heimburger, Karl, Professor, Direktor der Realschule, Landtagsabgeordneter; D. Helbig, Albert, Geh. Rat, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats; Herzog, Albert, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Presse“); Hoffacker, Karl, Professor, Direktor der Großh. Kunstgewerbeschule; Homburger, Fritz, Bankier und Stadtrat (Bankhaus Zeitl. Homburger); Jacobi, Robert, Banddirektor (Filiale der Rhein. Kreditbank); Karber, Philipp, Kaufmann und Stadterordneter, Vorsitzender des Hartgau-Militärvereinsverbandes; Kats, Julius, Chefredakteur (Redaktion der „Karlsruher Zeitung“); Knörzer, Anton, Geistlicher Rat und Stadtdelant; Koelle, Robert, Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer, Mitglied der Ersten Kammer der Landstände; van der Kors, August, Banddirektor (Filiale der Badischen Bank); Meyer, Josef Theodor, Chefredakteur (Redaktion des „Badischen Beobachters“); Moser, Karl, Freiherr, Obermeister der Freiseur- und Perückenmacherinnung, Vorsitzender der Handwerkskammer; Müller, Max, Kommerzienrat, Ritterstraße 1 (Kontor des „Karlsruher Tagblattes“); von Neubronn, Friedrich, Freiherr, Kammerherr, Geheimer Rat, Präsident des Großh. Oberlandesgerichts; Dr. Nicolai, Eduard, Präsident der Generalintendantur der Großherzoglichen Privattheater; Osterag, Robert, Privatmann und Stadtrat, Mitglied des Landesgewerbevereins; Peter, Karl, Banddirektor (Vereinsbank); Post, Paul, Kaiserlicher Banddirektor (Reichsbankstelle); Schneider, Karl, Oberbürgermeister; Schönecker, Gustav, Kunstmaler und Professor, Direktor der Akademie der bildenden Künste; Schwaninger, Georg, Großh. Oberrechnungsrat und Stadterordneter, Hauptmann d. L., Vorsitzender des Alts- und Pflanzgärtnervereinsverbandes; Siefert, Robert, Oberforstwart und Professor, Rektor der „Friedrichiana“; Straus, Meier A., Bankier (Bankhaus Straus & Cie.); Dr. Thoma, Hans, Kunstmaler und Professor, Direktor der Großh. Kunsthalle; Dr. Weill, Friedrich, Rechtsanwalt und Stadtrat; Dr. Wendt, Gustav, Geh. Rat, Direktor des Großh. Gymnasiums; Willard, Adolf, Großh. Bauat a. D. und Stadtrat.

Ferner für den Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande: Arnbruster, Oskar, Professor; Feuchter, Friedrich, Hauptlehrer; Dr. Kängin, Professor und Bibliothekar; Nebmann, Edmund, Großh. Oberlehrer; Roth, Adolf, Oberrechnungsrat; Dr. Scholl-Roland, Professor; Schwarz, Benedikt, Hauptlehrer, Dr. Waag, Albert, Großh. Oberlehrer.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro.

Die Verteilung des Luftdruckes ist im wesentlichen die gleiche wie am Vortag, indem er von einem Südeuropa bedeckenden Maximum aus bis zu einer nördlich von Schottland gelegenen Depression abnimmt; diese beruht bis zum Fuß der Alpen herab bewölkt und mildes Wetter mit Niederschlägen. Eine wesentliche Veränderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 13. Januar, früh.

Lugano wolkenlos —1 Grad; Biarritz heiter 11 Grad; Nizza heiter 12 Grad; Triest wolfig 4 Grad; Florenz wolkenlos 2 Grad; Rom heiter 2 Grad; Cagliari Nebel 9 Grad; Brindisi wolkenlos 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Himmel
12. Nachts 9 ⁰⁰ U.	756.1	6.3	3.8	57	W	bedeckt
13. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	752.5	8.1	4.1	52	SW	„
13. Mittags 9 ⁰⁰ U.	750.4	11.7	2.8	27	„	„

Höchste Temperatur am 12. Januar 6.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.1.

Niederschlagsmenge des 12. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 13. Januar: 4.89 m, gefallen 17 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kats in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Himmelheber & Vier, grösstes **Spezial-Wäsche-Ausstattungs-geschäft**, liefern **komplette Braut- u. Baby-Ausstattungen**
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 171 eigene Wäschefabrik mit Wasch- und Bügelanstalt in jeder Preislage

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe.

Soeben erschien:
 Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts
 herausgegeben von
 Woldemar von Rohland, Heinrich Rosin, Richard Schmidt.
 Heft V.

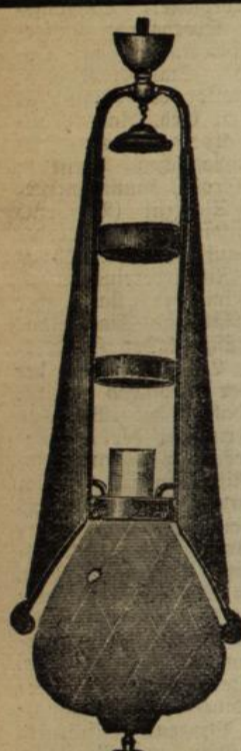
**Die Verhältniswahl
 im deutschen Verwaltungsrecht**

insbesondere bei
 Gewerbe- u. Kaufmannsgerichten, Bergarbeiterausschüssen, Krankenkassen usw.
 Von
 Preis M. 1.60. **Dr. H. Luschka.** Preis M. 1.60.

Demnächst erscheint:
 Heft VI.

**Die Entwicklung
 der
 richterlichen Unabhängigkeit**

im neuesten deutschen und österreichischen Rechte.
 Von
 Preis M. 1.80. **Dr. Gustav Aubin.** Preis M. 1.80.
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung.



**GAS-
 Beleuchtungskörper**
 zu
 billigen Preisen

Grosses
LAGER

Emil Schmidt G. m. b. H.
 Hebelstrasse 3 (Marktplatz)

Apollo-Theater

Samstag den 13. Januar:
Grosse Vorstellung.
 Sonntag den 14. Januar:
11-1 Uhr Fröhshoppen - Konzert.
1/2 4 Uhr Vorstellung.
8 Uhr Gala-Vorstellung.
 Montag den 15. Januar:
Abschieds-Vorstellung
 des gegenwärtigen Künstler-Ensembles.
 Dienstag den 16. Januar: X.422
Vollständig neues Programm.

**Ball- und
 Konzert-
 Handschuhe,**
 anerkannt
 vorzügl. Qualitäten
 empfehlen
LUDWIG OEHL
 Nachfolger
KARLSRUHE i. B.
 Kaiserstr. 112.
 X.890.10.2

Otto Fischer
 Grossh. Hoflieferant
 (vorm. J. Stüber), Karlsruhe,
 Kaiserstr. 130, Telefon 270,
 empfiehlt: **Vollständige Betten**
 jeder Art und Preislage, ganze
Wäsche-Ausstattungen in vorzüg-
 licher Ausführung.
 Im Geschäftskreis des **Evangel.**
Oberkirchenrats ist eine **Gehilfen-**
 stelle mit einem evang. Finanzassisten-
 ten auf 20. Februar d. J. zu besetzen.
 Bewerbungen sind unter Anfügung der
 Zeugnisse bis **25. Januar d. J.** an
 den Oberkirchenrat zu richten. X.454

Dampf-Waschanstalt
A. Pfütznner
 KARLSRUHE
 empfiehlt sich zur Uebernahme von
Haushaltungswäsche
 jeder Art unter Zusicherung schonendster Behandlung und
 tadelloser Fertigstellung
 Auch nach auswärts prompte Lieferung
 Spezialität: **Herrenwäsche**
Vorhänge
 X.490.10.10

Passende Weihnachtsgabe!
F. WOLFF & SOHN'S
KARLSRUHER WASSER
 in neuer Ausstattung
 Dasselbe besteht aus den feinsten belebenden
 und stärkenden Teilen der Pflanzenwelt und
 ist in einem so glücklichen Verhältnis ver-
 bunden, dass es als angenehmstes Toilette-
 und Riechwasser allen ähnlichen Produkten
 . . . mit Recht vorgezogen wird . . .
 Preis der ganzen Flasche . . . M. 1.-
 Preis der halben Flasche . . . M. -60
 Kistchen mit 3 ganzen Flaschen M. 2.85
 Kistchen mit 6 ganzen Flaschen M. 5.50
 Zu haben in allen besseren Parfümerie-,
 . . . Drogen- und Friseurgeschäften . . .

Zu kaufen gesucht.
 Zeitschrift für bad. Verwaltung 1886
 (auch einz. Nrn.). Offerten unter X. 450
 an die Expedition dieses Blattes. 3.1

Verwaltungsmann, 30 Jahre alt, ev.,
 seit 10 Jahren in Gräf. Rentamt mit
 ausgebreitetem forst- und landwirtschaftl.
 großem Sägewerk- und Brauereibetrieb
 tätig, mit vorzüglichen Zeugnissen und
 prima praktischen Kenntnissen,
sucht Lebensstellung
 als Rentmeister, Administrator,
 Kassier u. Off. unter S. S. 1674 an
 Rudolf Wöffe, Stuttgart. X.458.2.1

Bürgerliche Rechtsstreite.
Anfechtungsverfahren.
 X.435.2 Offenburg. Die Lorenz
 Schmitt Bahnwart-Witwe Victoria geb.
 Mod in Ortenberg hat, indem sie das
 betreffende Grundstück, Lagerbuchnum-
 mer 196, Gemarkung Ortenberg, Ge-
 wamm Schanzgrabenacker, Hofreite
 5 a 42 qm, Hausgarten 8 a 73 qm
 mit daraufstehendem Wohnhaus mit
 Balkenteller und daran angebaute
 Oekonomiegebäude nebst Holzschopf,
 einer Nr. 188b, anderj. Nr. 200b,
 als Eigenbesitzerin seit weit mehr als
 30 Jahren inne hat, beantragt, den
 bzw. die bisherigen Eigentümer des
 Grundstücks aufzugeben, und das Aus-
 schliessrecht zu erlassen. Letztere wer-
 den deshalb aufgefordert, ihre Rechte
 spätestens in dem vor hiesigem Amts-
 gericht auf
 Donnerstag den 3. Mai 1906,
 vormittags 8 1/2 Uhr,
 feierlichsten Termin anzumelden, wid-
 rigens ihre Anschlüsse erfolgen
 wird.
 Offenburg, den 9. Januar 1906.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bährer, Aptl.

Bekanntmachung.
 X.451. Fahr. In dem Kontur-
 über das Vermögen des Bureaudieners
 Gottlob Wagner hier wird die Schluß-
 verteilung erfolgen. Dazu sind 1272
 Mark 80 Pf. verfügbar. Nach dem
 auf der Gerichtsschreiberei dahier
 niedergelegten Verzeichnis sind dabei
 15 M. bevorrechtigte und 3636 M.
 67 Pf. nicht bevorrechtigte Forderun-
 gen zu berücksichtigen.
 Fahr, den 11. Januar 1906.
 Der Konturverwalter:
Wegert,
 Rechtskonsulent.

Kontursverfahren.
 X.462. Radolfzell. Das Kontur-
 verfahren über das Vermögen des
 Wärdemeisters Julius Reinhold Hoff-
 mann in Arlen wurde nach erfolgter
 Abhaltung des Schlußtermins durch
 Gerichtsbeschluss vom 9. Januar 1906
 aufgehoben.
 Radolfzell, den 10. Januar 1906.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
J. B. Wieder.

Zwangsvollstreckung.
 Montag den 15. Januar 1906, vor-
 mittags 10 Uhr, werde ich in Eit-
 lingen (Zusammenkunft beim Rat-
 hause) gegen bare Zahlung im Voll-
 streckungswege öffentlich versteigern:
 ca. 320 Zentner Heu.
 Eitlingen, den 10. Januar 1906.
 Salzgeber. X.459.
 Gerichtsvollzieher.

Ev. Kirchengemeinde Pforzheim.
 Die Stelle des Kirchensteuerfiskals,
 der zugleich das Amt eines Sekretärs
 und Registrators der unterfertigten Stelle
 bekleidet, ist auf 1. April l. J. neu zu
 besetzen.
 Gute Befähigung und Vorbildung
 für den Steuerfiskal- und Verwaltungsdienst,
 insbesondere Kenntnis des staat-
 lichen Rechnungswesens sind nachzu-
 weisen.
 Bewerber wollen sich bis längstens
 25. Januar unter Vorlage ihrer Zeug-
 nisse und Geldendmachung ihrer An-
 sprüche bei uns melden. X.365.3.2
 Pforzheim, den 8. Januar 1906.
Evang.-prot. Kirchengemeinderat
 van der Floe.

**Nadel-Nutzholz-
 Versteigerung.**
 Das Großh. Forstamt Hudenfeld in
 Pforzheim versteigert mit Vorzugs-
 bewilligung aus Domänenwalddistrikt
 I Enzthalde, Abt. 5, Brödingen Schlag,
 10 Unterer Mühlbau, 11 Fuchsbau,
 19 Oberer Scheiterbau, 22 Winterbal-
 denschlag, Distrikt II X.430.2
Büchenbronner Nagoldhalde
 Abt. 10, Ergarube, Distrikt III Huden-
 felder Nagoldhalde Abt. 17, Reulte,
 Distrikt VI Schenhalde Abt. 2,
 Hahnenader, Distrikt VII Riß Abt. 5,
 Dreherader, 10 Linfenbusch und
 Distrikt IX Lan am
 Donnerstag den 25. Januar 1906,
 vormittags 9 Uhr,
 im Gasthaus „zur Post“ in Dil-
 weisheim:
 Stämme: 15 St. I. Kl., 245 II Kl.,
 1861 III. Kl., 5979 IV. Kl., 797
 V. Kl.;
 Abschnitte: 11 St. I. Kl., 54 II Kl.,
 184 III. Kl.;
 Klöße: 2 St. I. Kl., 20 II. Kl., 20
 III. Kl.
 im ganzen 4406 Fm.
 Auszüge erteilt das Forstamt, das
 Holz wird auf Verlangen von den
 betr. Forstämtern vorgezeigt.

**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
Vergabung von Bauarbeiten.
 Zur Herstellung von 6 Wagen-
 reparaturhallen von je 80 m Länge auf
 dem neuen Rangierbahnhof Mannheim
 bei Kilometer 4,2 sollen folgende Bau-
 arbeiten, nach den Arbeitsgattungen

getrennt, in öffentlichem Wettbewerb
 vergeben werden:
 I. Zimmerarbeiten,
 II. Eisenkonstruktion,
 III. Blechenerarbeiten,
 IV. Tischlerarbeiten.
 Zeichnungen und Bedingungen liegen
 auf dem diesseitigen Hochbauamt im
 Aufnahmsgebäude, III. Stod, Zimmer
 Nr. 84, während der üblichen Geschäfts-
 stunden zur Einsichtnahme auf, woselbst
 auch die Angebotsformulare erhoben
 werden können.
 Versand von Zeichnungen und Be-
 dingungen nach auswärts findet nicht
 statt. X.429.2.2
 Angebote sind spätestens bis zu der
 am **Mittwoch den 24. d. Mts.,**
vormittags 10 Uhr, stattfindenden
 Eröffnungsverhandlung, mit der Auf-
 schrift „Wagenreparaturhallen“ ver-
 sehen, bei mir einzureichen.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Mannheim, den 9. Januar 1906.
 Der Großh. Bahnbauinspektor.

**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Nachstehende Bauarbeiten zur Her-
 stellung eines neuen Dienstwohn-
 gebäudes für vier Weichenwärter
 auf Station Maxau sollen im öffentlichen
 Verdingungswege vergeben werden.
 1. Grab- und Maurerarbeiten.
 2. Steinbauerarbeiten.
 3. Zimmerarbeiten.
 4. Blechenerarbeiten.
 5. Verputzarbeiten.
 6. Glaserarbeiten.
 7. Schreinerarbeiten.
 8. Schlosserarbeiten.
 9. Anreicherarbeiten.
 10. Pfisterarbeiten.
 11. Auffüllungsarbeiten.
 Die Bedingungen, Zeichnungen und
 Arbeitsbeschriebe, welche nicht nach
 auswärts verschickt werden, liegen auf
 dem Geschäftszimmer Nr. 11, Bahnhof-
 straße Nr. 9 I Stod, zur Einsicht auf;
 dieselbst können auch Angebotsformulare
 in Empfang genommen werden.
 Die auf Einzelpreise zu stellenden
 Angebote sind verschlossen und portofrei
 mit der Aufschrift: Dienstwohn-
 gebäude Maxau, Angebot auf
 die . . . Arbeit versehen, spätestens bis
 Mittwoch den 24. d. M., vor-
 mittags 10 Uhr, bei mir einzu-
 reichen. X.420.2.2
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Karlsruhe, den 10. Januar 1906.
 Großh. Bahnbauinspektor.

**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.
 werden die Station Mengen in den
 deutschen Departement über Bremen
 ebenfalls aufgenommen, sowie ander-
 weitige, teilweise ermäßigte Frachttarife
 für die Station Weimheim Hauptbhf.
 eingeführt. Mit Gültigkeit vom 20.
 Februar l. J. werden die Frachttarife
 für Mannheim Bad. B. aufgehoben.
 Sendungen von Mannheim werden auf
 Grund der für Mannheim Dr.-Bez.
 Mainz bestehenden Frachttarife abge-
 fertigt. X.469
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.
 Großh. Generaldirektion.

**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Mit Gültigkeit vom 1. Februar l. J.
 ist das Heft 8 der süddeutschen schwe-
 zerischen Gütertarife erschienen. Es
 enthält Frachttarife für den Verkehr zwi-
 schen Stationen der Badischen Staats-
 eisenbahnen, den badischen Stationen
 der Main-Neckarbahn, sowie den Sta-
 tionen der übrigen süddeutschen und
 der luxemburgischen Bahnen einerseits
 und der Gothaerbahn andererseits und
 kann vom 20. d. M. an zum Preise von
 1,60 M. von den beteiligten Stationen
 und von unserem Verkehrsamt bezu-
 gen werden. X.478
 Karlsruhe, den 13. Januar 1906.
 Großh. Generaldirektion.

**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Im Rhein-Main-Umschlagstarif mit
 Oesterreich vom 1. November 1901
 werden mit Wirkung vom 1. Februar
 1906 im Ausnahmetarif Nr. 9, der den
 Beifug „Serie I“ erhält, die Frachttarife
 der Abt. b für Petroleum von
 Krailup nach den Rhein- und Main-
 umschlagplätzen um je 0,27 Mark für
 100 kg ermäßigt.
 Vom gleichen Zeitpunkt wird ein
 Ausnahmetarif Nr. 9 Serie II für
 schwere Minerale von Krailup nach
 den Rhein- und Main-Umschlagplätzen
 eingeführt. X.477
 Nähere Auskunft erteilt unsere Güter-
 verwaltung Mannheim.
 Karlsruhe, den 12. Januar 1906.
 Großh. Generaldirektion.